Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1911

1.4.1911 (No. 91)

Visual Library

Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 91 — Samstag, den 1. April 1911 — 154. Jahrgang

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 ℳ 50 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 ℳ 65 ₰. Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung, Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden", für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung".

Staatsanzeiger.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 29. März 1911 den Aktuar Theobald **Keßler** beim Amtsgericht Mannheim etatmäßig angestellt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reichstag.

Berlin, 30. März.

In seinen Ausführungen über die auswärtige Politik fährt Graf **Kanitz** mit der Besprechung der Lage in Marokko fort: Leider kann Marokko auch unter **Mulay Hafid** nicht zur Ruhe kommen. Wir erwarten, daß unsere Regierung unter allen Umständen an der strikten Beobachtung der **Algesirasakte** festhält. Der Redner spricht dann die Hoffnung aus, daß es durch Verhandlungen gelingen möge, daß überhaupt **kein deutscher Untertan** mehr in die **Fremdenlegion** eingereiht wird. Das **Bagdadabkommen** hat in England einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Nach dem Entwurfe Tafts und des Staatssekretärs Knox sollen internationale Fragen, die diplomatisch nicht gelöst werden können, einem **Schiedsgericht** unterbreitet werden. Von einem solchen Schiedsgericht kann ich mir einen Erfolg nicht versprechen. Möge unsere auswärtige Politik auch in Zukunft von ruhiger sicherer Hand geleitet werden. **Scheidemann** (Soz.): Wir halten den Krieg für ein Verbrechen und für Wahnsinn. Das Erwachen Asiens bedeutet für England eine außerordentliche Schwächung seines Einflusses. Die Interessen Rußlands sind den unsrigen nicht entgegengesetzt. Die kulturelle Bedeutung der **Bagdadbahn erkennen wir an.** Mit Frankreich sollte eine Verständigung angebahnt werden. Die Verantwortung für einen Krieg würde auf die kapitalistische Mehrheit dieses Hauses fallen. Abg. **Bassermann** (natl.):

Dem verehrten Kollegen Frhrn. v. Hertling wünschen wir baldige Genesung. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß die Wirkung des **Potsdamer Interviews** eine günstige gewesen ist. Für unsere auswärtige Politik können wir dem leitenden Staatsmann unsere volle Anerkennung aussprechen. Bezüglich der Bagdadbahn wünschen wir die Politik der offenen Tür. Gegen die Resolution betr. **Beschränkung der Rüstungen** haben wir erhebliche Bedenken. Die starke Ausgestaltung des Heeres entspricht den Empfindungen des Volkes. Wir halten an dem bisherigen Flottenprogramm fest. Die Selbständigkeit der souveränen Staaten muß möglichst gestützt werden, auch jene Marokkos. Der Schiedsgerichtsidee sind wir freundlich gesinnt. Vitale Fragen der Nationen müssen allerdings davon ausgeschaltet werden. Was die innere Politik anlangt, so muß die Regelung der Heimarbeiterfrage und die Versicherung der Privatbeamten gefördert werden. Die Reform der **elsaß-lothringischen Verfassung** muß dahin gehen, daß die Reichslande immer mehr mit dem übrigen Deutschland verknüpft werden unter Befolgung demokratischer Gesichtspunkte. Die Lage der inneren Politik wird beherrscht durch die Nachwehen der Finanzreform und die bereits angebrochene Wahlbewegung. Der Hansabund ist ohne Mitwirkung der nationalliberalen Partei entstanden. Auch der Bauernbund ist eine selbständige Organisation.

Abg. **Wiemer** (fortschr. Vpt.):

Gute freundschaftliche **Beziehungen zu England** sind zu empfehlen. Erfreulicherweise haben sich die Verhältnisse zwischen beiden Ländern gebessert. Es wäre erfreulich, wenn es gelänge, dauernd gute Verhältnisse zu **Rußland** herbeizuführen. Wir bedauern, daß die Geschäftslage des Reichstages die Arbeitsfreudigkeit lähmt. Eine Herbsttagung halten wir nicht für günstig, da dann die Neuwahlen bis Januar oder Februar hinausgeschoben werden müßten. Wir haben keine Veranlassung, für den Reichskanzler durchs Feuer zu gehen, aber in vielen Fragen stehen wir trotzdem auf seiner Seite, namentlich in der **elsaß-lothringischen Verfassungsfrage.** Wir legen den größten Wert darauf, daß **Preußen die Vorherrschaft** behält. Bei den nächsten Wahlen werden wir unseren Weg gehen, unbeirrt durch andere.

Hierauf ergriff der **Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg** das Wort:

Meine Herren! Ich werde nicht über Elsaß-Lothringen sprechen. Dafür wird sich Gelegenheit bei der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage bieten. Auch auf die parteipolitischen Erörterungen des Vorredners werde ich nicht eingehen. Ich erkenne aber dankbar die Arbeitsfreudigkeit an, die er für seine Partei bis in den nächsten Winter hinein versprochen hat (Große Heiterkeit). Auch an dem lebhaften Nachgefecht über die Reichsfinanzreform will ich mich nicht beteiligen. Sehr viel wird dabei nicht herausspringen. Der eigentliche Kampf ist längst ausgefochten. Gesunde Reichsfinanzen sind seine Folgen (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und rechts), und dieser Tatsache wird sich auch das Volk auf die Dauer nicht entziehen können (Sehr richtig!). Ich habe das Wort erbeten, um einige kurze Ausführungen zu der Frage der **Abrüstung** und der **Schiedsgerichte** zu machen. Der sozialdemokratische Antrag verlangt, ich solle Schritte tun, um eine internationale Verständigung über eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. In der Tat wird der Abrüstungsgedanke in den Parlamenten, auf Kongressen und von Friedensfreunden unausgesetzt breit erörtert. Auch die erste Haager Friedenskonferenz hat die Frage behandelt, mußte sich aber schließlich mit dem Wunsch begnügen, daß sich die Regierungen einem fortgesetzten Studium der Frage hingeben möchten. Deutschland hat diesem Wunsche entsprochen, hat aber keine geeignete Formel finden können. Daß andere Regierungen glücklicher gewesen waren, ist mir nicht bekannt geworden (Heiterkeit rechts). Aber auch die zahlreichen sonstigen Studien haben noch zu keinem anderen Ergebnis geführt. Noch nirgends bin ich irgend einem greifbaren Vorschlage begegnet, einem Vorschlage, der auch nur einigermaßen ins Detail ginge, über den sich praktisch diskutieren ließe, und auch aus der heutigen Debatte habe ich keinen praktischen Vorschlag herausgehört. Die Herren haben sich eben ein, wie mir scheint, praktisch unlösbares Problem gestellt. Ich urteile damit nicht über den Wert ab, den die Arbeit der Friedensfreunde und der Freunde internationaler Abrüstung hat. Die Zeit, wo die Kriege durch die Kabinette gemacht wurden, ist vorüber. Die Stimmungen, welche uns in Europa zum Kriege führen können, liegen wo anders. Sie wurzeln in Gegensätzen, die vom Volksempfinden getragen sein müssen, jedermann weiß, wie leicht sich dieses Empfinden beeinflußen läßt, und wie es z. B. vielfach leider willenlos unverantwortlichen Preßtreibereien sich hingibt. Ein Gegengewicht gegen alle solche und ähnliche Einflüsse kann nur erwünscht sein und ich werde der Erste sein, es zu begrüßen, wenn es der internationalen Arbeit gelänge, ein solches Gegengewicht zu schaffen. Wenn ich aber praktische Maßnahmen ergreifen soll, wenn ich bei den anderen Mächten beantragen soll, gegenseitig abzurüsten, dann genügen dazu nicht allgemeine Friedensversicherungen und Friedensbeteuerungen, deren ist Deutschland überhoben durch eine konstante 40jährige Politik, die zeigt, daß wir keine Händel in der Welt suchen (Sehr richtig!). Dann muß ich ein bestimmtes und festes Programm vorlegen, dann muß ich auch nüchtern prüfen, ob ein solches Programm aufgestellt und ausgeführt werden kann. Wer unsichere, erschrockene Vorschläge macht, der kann leicht, anstatt zu beruhigen, zum Störenfried werden. Nicht ganz so weit wie der sozialdemokratische Antrag geht die Resolution, die die Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei vorschlagen und auch der Herr Abg. Dr. Spahn hat sich, glaube ich, in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Es wird beantragt, wir möchten in Verhandlungen eintreten, wenn uns von anderen Seiten Vorschläge gemacht werden. Ich bin den Herren dankbar, daß sie nicht mir die Aufgabe zuschieben, formulierte Vorschläge zu machen, daß sie dies vielmehr anderen Regierungen überlassen wollen. Wollten die Großmächte ein Abrüstungsabkommen treffen, so müßten sie sich zu allererst darüber einigen, wie mächtig die eine Nation im Verhältnis zur andern sein darf. Man müßte eine Art Rangordnung aufstellen, in die jede einzelne Macht nummernmäßig mit der ihr zuzubilligenden Einflußsphäre einrangiert wird, etwa wie es bei industriellen Syndikaten geschieht. Ich müßte es ablehnen, ein solches Formular zu entwerfen und einem internationalen Kongreß zu unterbreiten. Praktisch könnte man sagen, ist ein Ranganspruch allerdings angemeldet worden: England ist davon überzeugt und hat es wiederholt erklärt, daß trotz aller seiner Wünsche auf Beschränkung der Rüstungsausgaben und auf Schlichtung etwaiger Streitfälle im schiedsrichterlichen Verfahren seine Flotte unter allen Umständen jeder möglichen Kombination in der Welt überlegen oder doch gewachsen sein müsse. Einen solchen Zustand anzustreben, ist Englands gutes Recht und gerade wie ich zur Abrüstungsfrage stehe, bin ich der Letzte es auch nur anzuzweifeln. Ganz etwas anderes aber ist es, einen solchen Anspruch zur Grundlage eines Abkommens zu machen, daß von allen anderen Mächten in friedlicher Übereinstimmung anerkannt werden muß (Sehr wahr! rechts). Wenn da Gegenansprüche erhoben werden, wenn die anderen Mächte mit den ihnen zugewiesenen Rollen nicht zufrieden sind — man braucht diese Frage nur auszusprechen, wie es auf einem Weltkongreß, ein europäischer würde nicht ausreichen, zugehen würde, der über solche Ansprüche zu entscheiden hätte? Und dann die **Armeen?** Wenn z. B. Deutschland zugemutet werden sollte, sein Landheer, sagen wir um 100 000 Mann zu verringern, um wieviel Mann müssen dann Rußland, Frankreich, Österreich, Italien seine Armee verkleinern? Wollen Sie da zu einer Zahlenproportion kommen, so müssen Sie eben zuvor das allgemeine Machtverhältnis fixieren, in dem die Nationen zueinander stehen dürfen. Das wäre die unentbehrliche Voraussetzung für die Feststellung des Stärkeverhältnisses der Armee. Nun meine Herren, trotz aller Friedensversicherungen, die Gott sei Dank überall abgegeben werden, bei einer vorbereitenden Enquete würde mir jede Nation antworten, daß sie für sich diejenige Stellung in der Welt beansprucht, die der **Gesamtsumme ihrer nationalen Kräfte** entspricht und daß die Stärke ihrer Wehrmacht diesem Anspruch angepaßt sein müsse. Für Deutschland würde ich jedenfalls keine andere Antwort geben und ich würde der Ehre und dem Nationalgefühl jedes anderen Volkes zunahe treten, wenn ich bei Ihnen eine andere Auskunft erwartete. Der sozialdemokratische Antrag nimmt auf Frankreich Bezug. Ja, hat nicht das neue französische Ministerium die programmatische Erklärung, mit der es sich der Kammer vorgestellt hat, unter lebhaftem Beifall mit dem Bekenntnis geschlossen, daß es ebenso wie die anderen Staaten in einer starken Wehrmacht eine wesentliche Friedensbürgschaft erblicke und daß es deshalb den Streitkräften zu Wasser und zu Lande seine besondere Fürsorge bekunden werde. Meine Herren! Sie können sich darauf verlassen, keine Antwort wird anders lauten. Und aus solchen Antworten soll dann ein Abrüstungsschema zusammengestellt werden? Aber selbst angenommen, die Nationen ließen sich willig von einem Kongreß die Stellung diktieren, die sie in der Welt einnehmen dürfen, wir würden auch dann noch einen Maßstab finden müssen, nach dem ihre Wehrkräfte entsprechend ihrem allgemeinen Machtverhältnis gegeneinander abgemessen werden können. Auch nach einer solchen Formel hat man mit eifrigem Bemühen gesucht, aber gleichfalls bisher ohne jeden Erfolg. Man unterscheidet da absolute u. relative Formeln. Ich brauche nicht im einzelnen darauf einzugehen, da diese Dinge bekannt sind. Daß in diesen Formeln kein brauchbarer Maßstab gefunden ist, wird, wie ich glaube, von den Anhängern der Abrüstungsidee mehr und mehr anerkannt und zugegeben. Endlich und vor allem, meine Herren, würde jeder Versuch gegenseitiger Abrüstung immer wieder an der Frage der Kontrolle scheitern. Ich halte die **Kontrolle für absolut undurchführbar** und der Versuch einer Kontrolle würde zu nichts anderem führen als zu fortwährendem, gegenseitigen Mißtrauen und allgemeiner Erregung. (Sehr richtig!) Wer sollte sich auf die Schwächung seiner Verteidigungsmittel einlassen, solange er keine Garantie hat, daß nicht irgend ein ehrgeiziger Nachbar heimlich seine Streitkräfte doch stärker zu machen sucht, als ihm im Abrüstungsabkommen auferlegt ist. Denken Sie an den klassischen Fall des von Napoleon niedergeworfenen preußischen Staates. Napoleon hatte ihm die Beschränkung seines Heeres auf 42 000 Mann auferlegt und er hatte Mittel zur Kontrolle an der Hand, wie sie wohl kaum jemals eine Macht einer anderen gegenüber besessen hat oder besitzen wird. Trotz des schrankenlosen Gebrauches, den Napoleon von seinen Kontrollmitteln machte, ist es dem preußischen Patriotismus, den großen und genialen Führern des preußischen Volkes gelungen, ein mehr als viermal stärkeres Heer aufzustellen, als ihm der Sieger zugestanden hatte. (Sehr richtig!) Meine Herren! Wer die Frage der allgemeinen internationalen Abrüstung einmal ernsthaft durchdenkt, bis in ihre Konsequenzen durchdenkt, der muß, meine ich, zu der Überzeugung kommen, daß sie unlösbar ist, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten sind. (Lebhafte Zustimmung und Bewegung.) In der Debatte ist nun auch auf die Äußerungen Bezug genommen worden, die der englische Minister des Auswärtigen unlängst im Unterhause über die Abrüstungsfrage gemacht hat. Dabei hat der englische Minister dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß ein gegenseitiger Nachrichtenaustausch über die Schiffsbauten beider Länder vor Überraschungen sichern und damit beide Länder davon überzeugen werde, daß sie sich nicht gegenseitig überbieten wollen. Die anderen Länder würden daraus über die Beziehungen von England und Deutschland orientiert werden, und so würde der Nachrichtenaustausch im ganzen der Förderung des Friedens dienen. Diesem Gedanken konnten wir um so eher beitreten, als unser Bauprogramm für die Flotte stets offen dalag. Wir haben uns bereit erklärt, uns in diesem Punkte mit England zu verständigen, in der Hoffnung, daß das die erwartete Beruhigung herbeiführen werde. — Die Frage der internationalen **Schiedsgerichte** ist in der letzten Zeit lebhaft erörtert worden, insbesondere nach der Richtung, ob es möglich sei, Schiedsgerichtsverträge unter Beseitigung der sogenannten Ehrenklausel zustande zu bringen. Bisher bildete diese Klausel bekanntlich einen Bestandteil aller geschlossenen Verträge. Sie schließt die Schiedssprechung aus, wenn die Lebensinteressen, die Unabhängigkeit oder die Ehre einer der streitenden Parteien betroffen sind. Man erörtert insonderheit den Abschluß eines allgemeinen uneingeschränkten Schiedsvertrages zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dabei ist vielfach, besonders in Amerika, die Ansicht vertreten worden, die Wirkung eines solchen Vertrages auf die andere Nation würde der Wirkung einer Allianz gleichkommen. Es ist nicht meines Amtes, die Chancen eines derartigen Abkommens zwischen England und Amerika zu erörtern. Jede Nation hat es mit ihren Partnern allein abzumachen, ob und unter welchen Bedingungen sie mit anderen Nationen Schiedsgerichtsverträge abschließen will. Internationale, die Welt umspannende, von einem internationalen Aeropag Europa oktroyierte Verträge halte ich für ebenso unmöglich, wie eine allgemeine internationale Abrüstung. Deutschland steht der Schiedssprechung nicht ablehnend gegenüber. In allen neuen deutschen Handelsverträgen befinden sich Schiedsklauseln, wonach alle Streitigkeiten über Tariffragen besonderen Schiedsgerichten unterbreitet werden sollen. Wir haben mit zwei Großmächten allgemeine obligatorische Schiedsverträge vereinbart, von denen der eine andauernd in Kraft steht. Wesentlich Deutschlands Initiative ist es zu verdanken, daß auf der zweiten Haager Friedenskonferenz das Abkommen über die Errichtung eines internationalen Prisenhofes zustande gekommen ist. Was aber die Ehrenklausel anlangt, so schafft deren Strei-

chung nicht den Frieden, sondern konstatiert lediglich, daß zwischen den beiden Nationen, die sie streichen, ein ernsthafter Anlaß, den Frieden zu brechen, nicht gedacht werden kann. Der unbeschränkte Schiedsvertrag versichert nur einen de facto bereits bestehenden Zustand. Ändern sich die Beziehungen zwischen beiden Nationen, entwickeln sich zwischen ihnen Gegensätze, die die Lebensbedingungen des einen oder anderen berühren, die, wie man im gewöhnlichen Leben zu sagen pflegt, an die Nieren gehen, dann möchte ich den Schiedsvertrag sehen, der nicht wie Zunder zerfällt. (Sehr richtig! rechts.) Man kann die ultima ratio aus dem Leben der Nationen nicht streichen, sondern nur versuchen, ihr Eintreten immer weiter hinauszuschieben. Gewiß, können auch Schiedsverträge in hervorragendem Maße dazu beitragen, friedliche Beziehungen zu erhalten und zu befestigen. Um so geeigneter werden diese Verträge sein, je mehr man sie auf klar zu übersehende Rechtsverhältnisse beschränkt. Wenn wir so praktisch handeln (und Deutschland tut es), werden wir glücklichere Arbeit leisten als mit der Vorstellung von Zuständen, welche dem Wesen der Menschen und Staaten fremd sind. (Sehr richtig!) Zur Friedfertigkeit gehört aber Stärke. Es gilt noch immer der Satz: daß der Schwache eine Beute des Starken wird. Will oder kann eine Nation nicht mehr so viel für ihre Wehrmacht ausgeben, daß sie sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt sie eben in die zweite Linie, dann sinkt sie in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer dasein, der bereit ist, ihren Platz einzunehmen. Gerade wir Deutschen müssen in unserer exponierten Lage dieser rauhen Wirklichkeit entschlossen ins Gesicht sehen. Nur dann erhalten wir uns den Frieden und die Existenz! (Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen, Zischen bei den Sozialdemokraten, erneuter lebhafter Beifall.)

Nach dem Reichskanzler führte der Staatssekretär des Auswärtigen **von Kiderlen-Wächter** aus:

Ich bin befragt worden wegen der Anerkennung der neuen **portugiesischen Republik.** Die Mächte haben sich darüber ins Einvernehmen gesetzt. Das Ergebnis des Gedankenaustausches war, daß die Mächte beschlossen, gemeinsam vorzugehen, und dann wurde beschlossen, daß die formelle Anerkennung dann stattfinden solle, wenn die Republik vom eigenen Parlament, der Nationalversammlung, anerkannt sei. Das hat nicht stattgefunden. Die Wahlen sind noch nicht einmal ausgeschrieben worden. Daß wir die Regierung noch nicht anerkannt haben, besteht also zu Recht. Dann handelt es sich um das Eigentum eines Deutschen in Oporto. Hier liegt eine Rechtsverletzung vor (Hört! hört!). Unsere Vorstellungen sind bisher erfolglos geblieben. Es bleibt uns nichts übrig, als uns zu entscheiden, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um unserem Untertan zu seinem Recht zu verhelfen (Bravo). Sie können sich darauf verlassen, daß wir die Rechte des Deutschen energisch wahren werden (Lebhaftes, allseitiges Bravo).

Der Abg. **v. Merawski** (Pole) begründet eine Resolution der Polen, die verhindern soll, daß aus Preußen österreichische und russische Staatsangehörige ausgewiesen werden. Abg. **Eickhoff** (fortschr. Vpt.) begründet die Resolution seiner Partei, in der gefordert wird, daß nach dem Muster des am 12. Juli 1904 mit Großbritannien abgeschlossenen und 1909 verlängerten **Schiedsgerichtsvertrages** auch mit anderen Mächten Schiedsgerichtsverträge abzuschließen seien. Ein solcher Vertrag mit Frankreich würde jenseits der Vogesen außerordentlich günstig wirken. Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Fortsetzung der Debatte. Schluß ¾6 Uhr.

Deutsches Reich.

* Der sozialdemokratische Theoretiker Kautsky

kommt in seiner neuesten Schrift „Parlamentarismus und Demokratie" zu einer Befürwortung des **Repräsentativsystems,** obgleich das sozialdemokratische Parteiprogramm unter seinen Forderungen die „direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts" verlangt. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften begrüßt diese Stellungnahme des Genossen Kautsky deshalb besonders lebhaft, weil die Begeisterung für die direkte Volksentscheidung auch in den Köpfen vieler Gewerkschaften arge Verheerungen angerichtet habe. Das Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung veranschaulicht diese Verheerungen durch folgende Beispiele:

Es gab bis gegen Ende der neunziger Jahre eine Gewerkschaft, die Verbandstage bereits völlig abgeschafft hatte und alle Entscheidungen im Wege der Urabstimmung glaubte regeln zu können. Das ging einige Jahre schlecht und recht, bis eine Beitragserhöhung wegen zu erwartender Kämpfe notwendig wurde, die die Urabstimmung indes ablehnte. Aber auch die Abhaltung eines Verbandstags wurde abgelehnt, so daß die Organisation sich einer schlimmen Situation gegenüber sah: es mußte ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden, der dann die notwendigen Maßnahmen beschloß. Damit war das reine Urabstimmungssystem natürlich ad absurdum geführt. Eine andere Gewerkschaft hatte sich vorbehalten, den Vorsitzenden im Urabstimmungsverfahren wählen zu lassen: die Folge waren häufiger Vorsitzenderwechsel und jahrelange innere Streitigkeiten. Manche Gewerkschaften hatten das Urabstimmungssystem zur Bestätigung von Verbandstagsbeschlüssen über Veränderungen der Beiträge u. Leistungen; einige haben diese Beschränkung, die besonders die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aufgehalten hat, noch heute. Dieses System der direkten Mitgliederentscheidung wirkt in der Regel der fortschreitenden Entwicklung der Organisation **entgegen,** weil der einzelne, in dessen Hand die Entscheidung gegeben ist, nicht das Gesamtinteresse des Verbandes so beurteilen und wahren kann, wie ein Verbandstagsdelegierter, der die gesamte Entwicklung der Organisation, ihre Kämpfe und Bedürfnisse vor seinem Auge vorüberziehen läßt, sondern daheim in seinem Ort immer mehr von lokalen Rücksichten geleitet ist. So wird das **Kirchturmsinteresse** entscheidend, während das Verbandsinteresse darunter leidet.

Wenn schon in Verbandsangelegenheiten die Urabstimmung den Kirchturmsinteressen zur Herrschaft verhilft, so führt die direkte Volksentscheidung in Staatsangelegenheiten erst recht zu unerträglichen Zuständen. Kautskys Auffassung, daß nicht jeder Staatsbürger die gesetzgeberischen Anforderungen erfüllen könne, die in einem modern entwickelten Staatswesen hervortreten, und daß die Übertragung der gesetzgebenden Arbeit von einer Versammlung von zehntausenden, unabhängig von einander tätige Vereinigungen das Chaos zum Ergebnis haben müsse, ist eben, wie die „Straßb. Post" bemerkt, unanfechtbar.

---

* Erleichterungen der Seuchensperre in Preußen.

Wie die „Leipz. N. N." erfahren, hat das preußische Ministerium für Landwirtschaft an die Regierungspräsidenten neue Anweisungen zur Bekämpfung der Seuche erlassen, worin es heißt:

Bei der jetzt beginnenden Frühjahrsbestellung, für die das nach den bisherigen Bestimmungen der Stallsperre unterliegende Klauenvieh als Zugvieh unentbehrlich ist, kann **an der strengen Bekämpfungsform nicht mehr wie bisher festgehalten werden.** Zudem ist nicht zu leugnen, daß die scharfen Bekämpfungsmaßregeln nicht imstande gewesen sind, dem Umsichgreifen der Seuche Einhalt zu tun, denn im Beginn des laufenden Monats hat die Seuche mit 2564 verseuchten Gemeinden und 8513 verseuchten Gehöften ihren höchsten Stand erreicht. Als Sperrbezirk gilt jetzt im allgemeinen der verseuchte Ort. Bei vereinzelt liegenden verseuchten Gehöften ist der Sperrbezirk auf diese zu beschränken. Liegt das Gehöft in einer Ortschaft mit nicht geschlossener Ortslage, so ist die Einbeziehung benachbarter Gehöfte in den Sperrbezirk von einer durch die Nähe und den Verkehr bedingten besonderen Gefahr der Seuchenübertragung abhängig zu machen. Der Sperrbezirk kann auch auf Ortsteile beschränkt werden, insbesondere wenn in einer Ortschaft ein begrenzter enger Zusammenschluß von Gehöften vorhanden ist, innerhalb dessen der Seuchenausbruch erfolgt ist.

---

* Übersicht.

Der **Sultan** hat das Todesurteil gegen den Mörder des Oberstleutnants von Schlichting bestätigt. Der Mörder wird Samstag erschossen werden. Doch wird die Exekution am Samstag vormittag vor der feierlichen Beisetzung von Schlichtings, welche auf denselben Tag festgesetzt ist, erfolgen.

Am Leichenkondukt des Oberstleutnants von Schlichting werden vier Regimenter seiner Division, Deputationen anderer Truppenteile und das Offizierkorps in corpore teilnehmen, ebenso mehrere kaiserliche Prinzen.

In der Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses wurde bei Beratung des Gesetzes über die **Feuerbestattung** der grundlegende § 1 mit Stimmengleichheit **abgelehnt,** wodurch das Gesetz in der ersten Lesung gefallen ist. Die zweite Beratung findet heute statt.

Zu der Ankündigung einer **Reform der preußischen Personenfahrkartensteuer** bemerken die „Berl. Pol. Nachr."; Der Ertrag dieser Steuer hat sich zum ersten Male gegenüber dem Etatsanschlage im laufenden Rechnungsjahre günstig entwickelt. In den ersten elf Monaten belief er sich auf 19,4 Millionen Mark, während von der Personenfahrkartensteuer auf das ganze Rechnungsjahr im Etat 18,6 Millionen Mark erwartet wurden.

Nach den konservativen „Dresd. Nachr." ist Freifrau ôByrn, die Gemahlin des Majors ôByrn, des Militärgouverneurs der Söhne des Königs von Sachsen, zum Katholizismus übergetreten. Frau ôByrn ist eine Tochter des verstorbenen Kriegsministers von der Planitz und seiner noch lebenden Gemahlin geb. v. Tschirschky und Bögendorff.

Exzellenz **v. Letzel,** der Erste Vorsitzende des Evangelischen Bundes, der im Jahre 1907 den Vorsitz des Bundes übernahm und nach Halle verzogen war, ist durch dringende und nicht vorausgesehene Familienverhältnisse veranlaßt worden, seinen Wohnsitz nach Koburg zurückzuverlegen, und hat deshalb sein Amt als Erster Vorsitzender niedergelegt.

Professor Dr. Ferdinand **Birkner,** Kustos der anthropologischen und prähistorischen Staatssammlungen in München, Hofpriester und Diakon an der Hofkirche St. Michael in München, der den Antimodernisteneid mit Rücksicht auf seine wissenschaftliche Tätigkeit verweigerte und seine geistlichen Ämter niederlegte, ist zum außerordentlichen Professor an der philosophischen Fakultät befördert worden, der er bisher schon als Privatdozent angehörte.

Bei einer Landtagsersatzwahl in Bautzen-Land behaupteten die Konservativen am Mittwoch das Mandat zur sächsischen Kammer. Bemerkenswert ist der Zuwachs der fortschrittlichen und der sehr erhebliche **Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen.**

In einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Mainz sprach Landtagsabgeordneter Professor Dr. **Hummel** aus Karlsruhe. Der Redner ist, wie nach der „Köln. Ztg." verlautet, als gemeinsamer **Reichstagskandidat** der Fortschrittler und Nationalliberalen für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim ausersehen.

Die **Berliner Stadtverordnetenversammlung** wählte Herrn Kirschner mit 98 von 98 gültigen Stimmen auf die Dauer von zwölf Jahren zum Oberbürgermeister wieder. Acht Stimmzettel waren unbeschrieben.

Auslandsübersicht.

Wien, 30. März. Der **österreichische Reichsrat ist aufgelöst.** Der Kaiser hat heute vormittag das Patent unterschrieben, das die Auflösung des Reichsrates ausspricht. Die Neuwahlen sind für den **10. Juni** in Aussicht genommen. Am 27. Juni soll das neue Haus zusammentreten. Das Kabinett **Bienerth bleibt im Amt** und führt die Neuwahlen durch.

London, 31. März. Wie „Daily Telegraph" aus Tanger unterm 13. d. meldet, ist die Lage in Fez und Umgebung äußerst ernst. Sämtliche in der Hauptstadt wohnenden Europäer haben in den verschiedenen Konsulaten Zuflucht gesucht.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 31. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Finanzministers Rheinboldt, des Geheimerats Dr. Freiherrn von Babo und des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb.

Ihre Hochfürstliche Durchlaucht die Prinzessin Ida Reuß Ältere Linie ist heute vormittag 11 Uhr 15 Minuten von hier abgereist. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise gab der Prinzessin das Geleite zum Bahnhof.

** Staatliche Förderung der Waldanpflanzungen

im Großherzogtum Baden im Jahre 1910.

Über den Betrieb der staatlichen Pflanzschulen, die zur Unterstützung der von Gemeinden und Privaten unternommenen Aufforstungen bestimmt sind, und über die sonstige staatliche Förderung von Anpflanzungen im Jahre 1910 gehen uns folgende Mitteilungen zu:

I. Pflanzschulbetrieb.

Die Zahl der staatlichen Pflanzschulen ist im Jahre 1910 durch Aufgabe zweier kleiner Pflanzschulen in den Forstbezirken Waldkirch und Wolfach von 22 auf 20 zurückgegangen. Des weitern soll die Pflanzschule auf dem Sohlberg im Bezirk Ottenhöfen in den nächsten Jahren eingehen; sie ist einstweilen von 0,45 ha auf 0,35 ha verkleinert worden. Die zurzeit vorhandenen Pflanzschulen haben einen Gesamtflächeninhalt von 16,83 ha gegenüber 17,16 ha im Vorjahr.

Es sind im ganzen 1 778 885 Pflanzen abgegeben worden gegen 1 578 530 Stück im Vorjahr, somit 200 355 Stück mehr.

Wesentlich mehr Pflanzen wie im Vorjahre konnten aus den Pflanzschulen der Forstbezirke Säckingen, Wolfach, Ottenhöfen und Renchen abgegeben werden. Die Abgaben aus den übrigen Pflanzschulen weisen hinsichtlich der Pflanzenmengen keine das gewöhnliche Maß übersteigende Schwankungen auf.

Von den abgegebenen Pflanzen waren
1 151 935 Stück = 65 % verschult,
626 950 „ = 35 % unverschult.

Es fanden Verwendung:

zu Neuaufforstungen	923 750 Stück	= 52 %
zum Kulturvollzug in alten Waldungen	613 435 „	= 34 %
zur Verschulung in Gemeinde- und Privatpflanzschulen	241 700 „	= 14 %

99,5 % der Pflanzen waren Nadelhölzer, nur 0,5 % Laubhölzer.

Der Gesamtaufwand belief sich im Jahre 1910 einschl. der Vergütungen für das Aufsichtspersonal auf 17 953 ℳ 85 ₰ Diesen Ausgaben steht eine Gesamteinnahme von 14 099 ℳ 57 ₰ gegenüber, die sich aus dem Erlös für verkaufte Pflanzen mit 13 927 ℳ 07 ₰ und dem Ertrag landwirtschaftlicher Zwischennutzungen mit 172 ℳ 50 ₰ zusammensetzt. Dazu wäre noch der Wert von 84 800 Pflanzen mit 947 ℳ zu rechnen (Säckingen und Schopfheim), welche auf Grund getroffener Vereinbarungen unentgeltlich an Gemeinden abgegeben worden sind.

Der **ungedeckte** Aufwand beziffert sich somit auf 3854 ℳ 28 ₰ gegenüber 7136 ℳ 08 ₰ im Jahre 1909 Auf 1000 Stück abgegebener Pflanzen **kommt ein Aufwand** von 10 ℳ 09 ₰. Der Erlös aus 1000 Pflanzen beträgt einschließlich der unentgeltlich abgegebenen Pflanzen 7 ℳ 93 ₰, somit stellt sich der Staatszuschuß für das Tausend Pflanzen auf 2 ℳ 16 ₰, während er sich im Jahre 1909 auf 4 ℳ 52 ₰ bezifferte.

II. Anerkennungsprämien und Beihilfen

Im Jahre 1910 wurde an Anerkennungsprämien und Beihilfen für Aufforstung von Ödland und geringwertigem landwirtschaftlichem Gelände mit zus. 77,23 ha ein Gesamtbetrag von 2686 ℳ 40 ₰ ausbezahlt. Darunter ist ein Betrag von 27 ℳ 30 ₰ als Beihilfe für einen Privatpflanzschulbesitzer enthalten. Von obiger Fläche entfallen auf Aufforstungen, zu deren Ausführung vorher staatliche Unterstützung zugesagt worden war, 37 % gegen 87 % im Vorjahre. Im ganzen wurden an 10 Gemeinden und Körperschaften (an eine zweimal) und 7 Privatpersonen Anerkennungsprämien und Beihilfen bewilligt. Auf 1 ha aufgeforstete Fläche entfällt ein Staatsbeitrag von 34 ℳ 78 ₰. Die aufgeforsteten Grundstücke haben eine durchschnittliche Flächengröße von 4,83 ha.

Von den oben erwähnten 77,23 ha entfallen nach Landesteilen auf die

Bodenseegegend	17,44 ha	= 22 %
Donaugegend	—	—
Schwarzwald	46,86 „	= 61 %
Oberes Rheintal mit Vorbergen .	4,60 „	= 6 %
Unteres Rheintal	—	—
Bauland	1,33 „	= 2 %
Odenwald	7,00 „	= 9 %
	77,23 ha	= 100 %

Diplome wurden keine verliehen.

III. Vereinbarungen und einseitige Zusagen.

Im Jahre 1910 wurde an eine Privatperson eine Zusage wegen Gewährung einer staatlichen Beihilfe zu den Kosten von Ödlandaufforstungen erteilt. Die Zusage bezieht sich auf eine Gesamtfläche von 4,77 na, welche bis zum 1. Juli 1913 in Bestockung gebracht sein soll. Die Höhe der zugesagten Beihilfe beträgt im ganzen 120 ℳ.

(Post und Telegraph.) Anfang April erscheint eine neue Nummer des **Postblatts,** das eine Beilage zum Reichsanzeiger bildet, aber auch für sich bezogen werden kann. Im Postblatt, das im Reichspostamt zusammengestellt wird, sind die wichtigsten Versendungsbedingungen und Tarife für Postsendungen aller Art sowie für Telegramme enthalten. Auf die seit dem Erscheinen der vorangegangenen Nummer (Anfang Januar) eingetretenen Änderungen wird in der neuen Nummer durch besonderen Druck (Schrägschrift) hingewiesen.

(Deutscher Flottenverein.) Das **Präsidium des deutschen Flottenvereins** verlieh dem **Ehrenvorsitzenden des Badischen Landesverbandes, Seiner Exzellenz Herrn Oberhofmeister von Stabel,** in Anerkennung seiner großen Verdienste um die vaterländischen Bestrebungen das **Ehrendiplom nebst Abzeichen in Gold.**

o. **Mannheim,** 31. März. Der 18jährige Untersekundaner Leist, der aus dem Bureau seines Vaters im Hauptsteueramt 54 000 M. stahl, ist in Frankfurt a. M. **verhaftet** worden und wurde nach Mannheim zurückgebracht. Von der großen Summe wurde alles bis auf wenige hundert Mark vorgefunden. — Infolge der **Lohnbewegung der Hafenarbeiter** steht ein Streik in Aussicht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

□ **Heidelberg,** 30. März. Die Beratung des hiesigen **Gemeindevoranschlags** im Bürgerausschuß ist gestern abend zu Ende gegangen, und hat im ganzen drei Sitzungen von je vier- bis fünfstündiger Dauer beansprucht, wovon eine auf die Generaldebatte und zwei auf die Spezialdebatte kamen. Es gelangte eine sehr beträchtliche Zahl von Einzelwünschen zur Sprache, und es war das Redebedürfnis stellenweise recht groß. Abgesehen von einigen Zusammenstößen mit sozialdemokratischen Vertretern, wobei letztere nach allgemeinem Urteil nichts weniger als hervorragend abschnitten, verliefen die Verhandlungen ruhig und durchaus sachlich. Sie schlossen mit einstimmiger Annahme des Voranschlags und der Umlagenfestsetzung, wonach hier im laufenden Jahre der Umlagefuß bei den Liegenschaftssteuerwerten und beim Betriebsvermögen je 31 Pf., beim Kapitalvermögen 15,5 Pf. und hinsichtlich der Einkommensteuersätze 49,6 Pf. betragen wird.

Vom Bodensee, 31. März. Die gestrigen beiden ersten Auffahrten des neuen Zeppelinluftschiffes „Ersatz Deutschland" gelangen in jeder Hinsicht vorzüglich. Die Seitensteuerung ist neuartig konstruiert worden, die Bewegungen des Luftschiffes waren auch gegen den Wind sicher und ruhig. Graf Zeppelin führte das Schiff selbst, in der Gondel befand sich die bekannte Besatzung, die Passagierkabine war mit mehreren Personen besetzt.

Ein Telegramm aus Friedrichshafen (5 Uhr nachm.) meldet: Nach dreistündiger Fahrt bei herrlichem Wetter landete „Ersatz Deutschland", der um 8 Uhr aufgestiegen war, wieder vor der Halle. Mit dieser Fahrt sollten die Auftriebsverhältnisse festgestellt werden. Man fuhr in einer **Höhe** bis über **1800 Meter.** Die Fahrt dehnte sich bis Konstanz und St. Gallen aus.

St.L.A. Am 31. März 1911 waren — soweit Berichte vorliegen — im **Großherzogtum** durch **Maul- und Klauenseuche** 27 Amtsbezirke mit 71 Gemeinden verseucht und zwar: Amtsbezirk Engen mit 1 Gemeinde, Metzkirch (2), Pfullendorf (1), Donaueschingen (5), Villingen (9), Bonndorf (3), Waldshut (1), Staufen (1), Lörrach (4), Müllheim (1), Schopfheim (2), Kehl (3), Wolfach (1), Bühl (2), Rastatt (1), Bruchsal (4), Pforzheim (3), Mannheim (3), Schwetzingen (5), Weinheim (5), Eppingen (2), Heidelberg (5), Sinsheim (1), Wiesloch (2), Eberbach (1) und Mosbach (2). Ferner durch **Schweineseuche** 8 Amtsbezirke mit 8 Gemeinden und zwar: Engen (1), Emmendingen (1), Bühl (1), Ettlingen (1), Karlsruhe (1), Pforzheim (1), Heidelberg (1) und Eberbach (1).

Aus der Residenz.

(Die Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß.) Die gestrige Sitzung, in der die Beratung des städtischen Voranschlags zu Ende geführt wurde, begann mit der Position **Bauvoranschlag des Hochbauamts.** Es waren nur 61 Mitglieder anwesend. Stadtv. **Slevogt** referierte über den Bauvoranschlag des Hochbauamts, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gebe. Redner wünscht, daß bei den Volksschulen nicht so sehr sparsam vorgegangen werde. Was die Frage der Karlstorhäuschen betreffe, sei ihm Aufklärung geworden, welche erwarten lasse, daß die Frage eine befriedigende Lösung finde. Die Renovierungsarbeiten für den **kleinen Festhallesaal** würden am besten sofort vollständig fertiggestellt. Es entspinnt sich eine längere Debatte über das Submissionswesen. Oberbürgermeister **Siegrist** führt aus, daß ihm nichts bekannt sei, daß die organisierten Handwerker vom Hochbauamt anders behandelt würden, als die unorganisierten. Die Stadtverwaltung sei immer bemüht, mit den organisierten Handwerkern Hand in Hand zu gehen. Den Schleuderpreisen bei Submissionen werde die Stadt entgegen wirken, sie habe aus diesem Grunde in der letzten Zeit vielfach Arbeiten den Innungen übergeben. Eine endgültige Lösung des Submissionswesens werde sich wohl nie herbeiführen lassen. Der Gegensatz zwischen Käufer und Verkäufer bestehe eben auch hier und werde nie aus der Welt geschafft werden können. Die Position wird schließlich genehmigt. Bei Beratung des Voranschlags der Gartendirektion berührt Stadtv.-Vors. Müller die Herstellung des **Platzes** der alten Dragonerkaserne (östliche Kaiserstraße). Bürgermeister Paul antwortet, daß die diesbezüglichen Projekte noch nicht abgeschlossen sind. Der Voranschlag des **Tiefbauamts** gibt Anlaß, den Wunsch nach Erstellung von Bedürfnisanstalten zu erheben. Stadtv. Edelmann wünscht die Erstellung einer Brücke über die Alb zum Bannwald. Bürgermeister Dr. Paul sagt Prüfung der verschiedenen Wünsche zu. Der Bürgerausschuß trat sodann in die Beratung des **Hauptvoranschlags** ein. Zu Position Steuern lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, das Oktroi auf Wild, Fische und Geflügel abzuschaffen. Der Vorsitzende wies hierbei darauf hin, daß bekanntlich die Angelegenheit demnächst vor dem Reichsgericht zur Verhandlung stände. Trotz Abschaffung des Oktrois für Fleisch und Brot sei ein Abschlag dieser Lebensmittel nicht eingetreten. Bei Position Märkte regte Stadtv. Rothweiler die Erstellung einer Markthalle an. Der Vorsitzende bemerkte, erst nach der Entwicklung unserer Bahnhofverhältnisse würde dieser Sache näher zu treten sein. Bei Polizei besprach Stadtv. Philipp die Tätigkeit der Wohnungskontrolle, die noch zu wünschen übrig lasse. Bürgermeister Dr. Horstmann erklärt, es besteht eine fortgesetzte Wohnungskontrolle. Bisher sind 550 Wohnungen in der Oststadt besucht worden. Der **Gartenstadt** steht der Stadtrat vollständig objektiv gegenüber, ebenso dem Mieter- und Bauverein. Bei **Gesundheitspflege** unterzog Stadtv. Weißmann die Tätigkeit des Ortsgesundheitsrates der Kritik, er glaube, daß die Ärzte manchmal etwas zu streng vorgehen. Bürgermeister Dr. **Paul** antwortete, daß der Ortsgesundheitsrat gerecht vorgehe und ihm bei Festlegung der neuen Bauordnung reiche Arbeit entstehe. Stadtv. Merkle besprach die **Schnakenplage,** die von der Pfalz importiert werde. Dem Fröschefang sollte gesteuert werden, u. a. durch Verbot des Froschschenkelverkaufs. Bürgermeister Dr. Horstmann bemerkte, daß das **Ministerium des Innern** sich zurzeit auf Veranlassung des Tierschutzvereins mit der Frage befasse, ob Mittel und Wege gefunden werden könnten, den Fröschefang zu verbieten. Bei der Position „Landwirtschaft und Gemarkungsverhältnisse" gibt Stadtrat Kolb Anlaß, in lebhafter Weise gegen den „Badischen Beobachter" zu polemisieren, der die kürzliche Debatte über die **Fleischnot** in seiner Weise ausgelegt habe. Es müsse energisch gegen ein solches Gebaren protestiert werden. Stadtrat Kölsch bezeichnet es als eine Vermessenheit, eine derartige Angelegenheit zu politischen Zwecken (gegen den Hansabund) auszunutzen. Direktor des Schlachthofs Bayersdörffer: Die bestehende Fleischnot könne von niemand geleugnet werden, und da greife man dorthin, wo Überschuß vorherrscht. Stadtv. Frühauf: Der „Beobachter" wüßte, daß kein Mensch hier im Saale seinen Standpunkt vertreten werde. Stadtrat Dewerth betont, daß er, obgleich Mitglied der Zentrumspartei, mit den Ausführungen des „Beobachters" nicht übereinstimme. Stadtv.-Vors. Müller bedauert, daß der einmütige Ton, der bei der Fleischnotfrage kürzlich vorherrschte, heute nicht zu verspüren war und die Einstimmigkeit dadurch eine Abschwächung erfahren habe. Oberbürgermeister Siegrist: Wir kämpfen gegen die übertriebene und ungesetzliche Sperre der Grenze.

Stadtv. Bergmann kommt auf seine frühere Anregung betr. Gründung einer städtischen **Hypothekenbank** zurück. Der Vorsitzende erneuert seine schon früher in dieser Hinsicht gemachte Zusage. Es folgt hierauf eine Auseinandersetzung über die Klagen der Grund- und Hausbesitzer. Stadtv. Merkle führt aus: Nach seiner Ansicht wird durch die Wertzuwachssteuer der Mittelstand ausgeschaltet von der Grundstückserwerbung und nach und nach den Großkapitalisten und dem Großunternehmertum gewaltsam zugeführt. Die Stadtverwaltung möge den Grund- und Hausbesitzerverein als Vertretung der Liegenschaftsbesitzer anerkennen und einträchtig mit ihm deren Verhältnisse beraten. Stadtv. Rebmann hätte gewünscht, daß der Redner auch darauf zu sprechen gekommen wäre, daß die Stadtverwaltung anerkenne, daß der Liegenschaftsbesitz sich in keiner guten Lage befinde. Oberbürgermeister Siegrist hofft, daß die Wertzuwachssteuer den Stadtrat in den Stand setzt, den Hausbesitzern die Reinigung der Gehwege abzunehmen. Der Pessimismus unter den Liegenschaftsbesitzern sollte endlich einmal zurückgedämmt werden. Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der **ganze Voranschlag** wird sodann mit der **Umlage genehmigt.** Um 9¼ Uhr werden die Beratungen, die vier Tage gedauert haben, geschlossen.

(Kinderhilfstag.) Was will er? Wenn es immer noch Leute geben sollte, die das nicht wissen, so seien diese darauf hingewiesen, daß aus diesen Sammelgeldern, zu denen auch die Armen verhältnismäßig so viel beitragen können und tatsächlich mit ihren Nickeln auch so viel beitragen als die Reichen mit Gold und Silber, seit dem Bestehen der Säuglingsfürsorge des Badischen Frauenvereins weit über 3000 Kinder hiesiger Stadt, Kinder aus den Kreisen der Arbeiter und Taglöhner, aus den kleiner Angestellten und Bedürftigen aller Schichten, Leben und Gesundheit gerettet und dadurch für die Familien wie für die Allgemeinheit Unsummen von Sorge und Kummer, von materiellen wie ethischen Wertverlusten erspart wurden. Könnte man gesundheitliche Werte überhaupt in bare blanke Münze umsetzen, dann bedeutete die Arbeit der Säuglingsfürsorge, wie diese seit 1905 in Karlsruhe geübt wird, eine reiche Kapitalanlage, deren Verzinsung nicht nur die Gegenwart schon genießt, sondern, und vielmehr noch, auch die Zukunft einzuziehen in der Lage sein wird. Dieses Werk auch in Zukunft fortsetzen — das will der Kinderhilfstag.

oc. (**Die Fleischpreise**) werden nach einem Beschluß der hiesigen **Metzgerinnung** infolge der hohen Vieheinkaufskosten vom 1. April d. J. eine wesentliche **Erhöhung** erfahren. Das Ochsenfleisch, welches seither 90—94 Pf. per Pfund kostete, kommt auf 92—96 Pf. zu stehen; das Rindfleisch (seither 86 bis 90) auf 90—94 Pf., das Kuhfleisch (seither 60—70 Pf.) auf 70—76 Pf., das Kalbfleisch bleibt mit 96—100 Pf. in seiner seitherigen Höhe, ebenso das Hammelfleisch mit 70 bis 100 Pf. Dagegen erfährt das Schweinefleisch infolge vermehrter Zufuhr einen kleinen Abschlag. Während Schweinefleisch mit Schwart und Beilage seither 76 Pf. kostete, wird dasselbe vom 1. April ab zu 74 Pf. verkauft, Schweinebraten und Koteletts zu 84 Pf. (seither 86 Pf.)

Sch. (**Unglücksfall mit tödlichem Ausgange.**) Heute nachmittag kam am Rheinhafen ein Arbeiter mit der elektrischen Starkstromleitung in Berührung, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 31. März. Die **Reichstagskommission** für die **elsaß-lothringischen Verfassungsgesetze** beschloß heute, den § 2 des Wahlgesetzes, wonach die Wahlberechtigung an den Besitz der Reichsangehörigkeit gebunden ist, aufrecht zu erhalten, ebenso das 25. Lebensjahr und den 3jährigen Wohnsitz nicht im Wahlkreise selbst, sondern in Elsaß-Lothringen. Für diejenigen Einwohner, die in Elsaß-Lothringen ein Wohnhaus besitzen, ein Gewerbe oder die Landwirtschaft selbständig betreiben, ein öffentliches Amt ausüben, Religionsdiener, Lehrer an öffentlichen Schulen und Rechtsanwälte sind, soll der 1jährige Wohnsitz in Elsaß-Lothringen ausreichen. In § 3 wurden mit großer Mehrheit die **Pluralstimmen gestrichen,** so daß jeder Wahlberechtigte nur eine Stimme hat. § 4 betreffend die Wahlkommission bleibt unverändert. Zu § 7 betreffend den Wahltag wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die **Wahl** am **Sonntag** vorzunehmen.

Berlin, 31. März. Die Reichstagskommission für **die** elsaß-lothringischen Verfassungsgesetze hat die zweite Lesung der **Wahlvorlage** beendet. Die nächste Sitzung findet nach den Osterferien statt.

Berlin, 31. März. Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Feuerbestattungsgesetz hat das Gesetz in erster und zweiter Lesung mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten 4 Abgeordnete der Konservativen und 3 vom Zentrum.

Newyork, 31. März. Die „Sun" berichtet über ein **blutiges Gefecht** bei Ures unweit der Grenze von Arizona. **1000 Mann sollen gefallen** sein, die meisten auf Seite der Regierungstruppen. Von diesen kämpften 800 Mann gegen 1500 Insurgenten. Letztere zündeten die Stadt San Raphael an, wo viele Frauen und Kinder umkamen.

Der Durchschlag des Lötschberg-Tunnels.

Kandersteg, 31. März. Heute nacht 3 Uhr 50 Min. **erfolgte der Durchschlag** des Lötschbergtunnels. Die Arbeiter trafen von beiden Seiten unter großer Begeisterung zusammen. Die Lötschberglinie bildet die Zufahrt zum Simplon. Die Arbeiten begannen am 15. Oktober 1906. Die Länge des Tunnels beträgt 15 977 Meter. Das Nordportal befindet sich bei Kandersteg im Berner Oberland, das Südportal bei Goppenstein im Wallis.

Von der Luftschiffahrt.

Bremen, 31. März. Die beiden Militärflieger Leutnant Mackenthun und Leutnant Erler sind gestern vom Neuenlander Felde mit ihrem Apparat wieder aufgestiegen und haben die Richtung Hannover eingeschlagen. Auch auf diesem Fluge werden die Flieger von Leutnant Cramer und dem Fliegerlehrer Brunhuber, der ihnen von Berlin aus mit einem Opelrennwagen gefolgt war, begleitet. Wegen starken Gegenwindes landeten die Flieger nach 1½stündiger Fahrt in Verden.

Hannover, 31. März. Die Militärflieger Erler und Mackenthun, die heute früh 7½ Uhr in Verden aufgestiegen sind, passierten vormittags 10,25 Uhr in schneller Fahrt Nimburg und sind gegen 11 Uhr bei Langendamm bei Nimburg gelandet. Kurz nach 12 Uhr ist „Albatros" zur Weiterfahrt nach Hannover aufgestiegen und 3 Kilometer von Schessinghausen abermals gelandet.

Paris, 31. März. Aus Charlesville wird gemeldet: Der Flieger Sommer unternahm gestern auf seinem Zweidecker mit **acht Passagieren** einen 1½stündigen Flug und legte an 100 Kilometer zurück. Er hat damit einen neuen Weltrekord aufgestellt.

Z.B.f.M.u.H. **Schneebeobachtungen.** Gegen Ende der letzten Woche hat es im ganzen Land ziemlich stark geschneit, so daß sich selbst in der Rheinebene eine geschlossene Decke gebildet hat; doch ist sie hier und in mittleren Lagen bald wieder verschwunden und auch auf den Bergen ist der Schnee stark zusammengeschmolzen. Am Morgen des 30. März (Donnerstag) sind nur noch gelegen in Titisee 9, in Todtnauberg 26 und in Kaltenbronn 10 cm. Die Meldungen vom Feldbergerhof und aus St. Märgen sind ausgeblieben.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr.
vom 31. März 1911.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern sehr **erheblich** umgestaltet. Hoher Druck hat sich über der südlichen Hälfte Mitteleuropas und über dem Osten des Erdteils ausgebreitet, ein zweites Maximum hat sich über dem hohen Nordwesten ausgebildet. Von dem Depressionsgebiet, das sich gestern in das Binnenland hereinzog, ist ein Teil nordwestwärts bis zur irischen Südwestküste, der andere ist, stellenweise von Gewittern begleitet, bis zur Ostsee gezogen. Über Nordosteuropa ist eine tiefe Depression erschienen. Das Wetter ist in Deutschland noch vorwiegend heiter und ungewöhnlich warm. Die Tiefdruckfurche, die sich zwischen den beiden Hochdruckgebieten hinzieht, wird wohl wolkiges, zu Gewitterregen geneigtes und vorerst noch mildes Wetter verursachen.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 31. März, früh:

Lugano halbbedeckt 8 Grad, Biarritz bedeckt 15 Grad, Coruna bedeckt 11 Grad, Perpignan Nebel 10 Grad. Nizza wolkenlos 10 Grad, Triest bedeckt 13 Grad, Florenz bedeckt 10 Grad, Rom bedeckt 12 Grad, Cagliari wolkenlos 11 Grad, Brindisi Regen 13 Grad, Horta (Azoren) wolkenlos 1 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
30. Nachts 9⁷⁰ U.	745.6	14.4	8.6	71	SW	Gewitter
31. Mrgs. 7⁷⁰ U.	749.2	9.8	7.1	79	„	heiter
31. Mittgs. 2⁷⁰ U.	749.1	16.3	7.3	54	„	wolkig

Höchste Temperatur am 30. März: 21.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 8.6.

Niederschlagsmenge, gemessen am 31. März, 7⁷⁰ früh: 0.2 mm.

Wasserstand des Rheins am 31. März, früh: Schusterinsel 1.61 m, gestiegen 13 cm; Kehl 2.49 m, gestiegen 20 cm; Maxau 3.94 m, gestiegen 11 cm; Mannheim 3.56 m, gestiegen 5 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Gegen das Altern
Dr. Hommel's Haematogen
WARNUNG! Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hommel.**
A.131

Gegr. 1869
Biologische Abwasser-Kläranlagen.
Einrichtung von Kurbädern, Krankenhäusern.
— Warmwasser-Bereitungs- und Heizungs-Anlagen —
Emil Schmidt & Cons., Ingenieure.

A.395.4.4

Konfirmations-Geschenke Reiche Auswahl **eingerahmt. Bilder** in allen Preislagen. **E. Büchle** Kunsthandlung und Rahmenfabrik. Kaiserstraße 149.

EINLADUNG

zur Besichtigung der Ausstellung von Kunstwerken der Mitglieder des Vereins bildender Künstler Karlsruhe im Kunstverein Karlsruhe, Waldstraße 3, dessen Lokale gütigst zur Verfügung gestellt wurden.

Vom 24. ds. Mts. ab auf 14 Tage.

Die Kunstwerke, deren reeller Wert weit mehr als das Doppelte des Erträgnisses darstellt, werden am 15. Mai ds. Js. unter notarieller Leitung öffentlich ausgespielt; jeder Anteil (à 50 Mk.) gewinnt. (Näheres ist aus dem im Kunstverein aufliegenden Gewinnplan ersichtlich). A.463.3.3

Karlsruhe, im März 1911.

„Nonnenhof", Wiesbaden, Kirchgasse 15 Ecke Luisenstrasse elekt. Bahn, rote Linie (2)

Altrenomm. Hotel, verb. m. erstkl. Wein- u. Bierrestaurant, Café, Spielsäle. Spezialität: Naturr. Weine dir. v. Produz. zu angemess. Preisen. 1906 feuers. erbaut. 1910 vollst. renov. Bequem u. empf. Haus für Passanten u. Kurgäste. Zimmer v. M. 2.50 an. Bäder i. Hause. Frühstück garn. Lift. Elektr. Licht. Zentralhzg. Ausstellzimmer. Portier am Bahnhof. Telephon 485. A.290 HEIDE'S ERBEN.

Restaurant „Goldener Adler"
Inhaber: Ernst Müller
12 Karl-Friedrichstr. 12 Telephon 2614
Spezialausschank der Brauerei Kammerer
Vorzügl. Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch in und außer Abonnement A.323
Meinen Saal u. meine Vereinszimmer bringe besond. in Erinnerung
Jeden Montag und Donnerstag Schlachttag

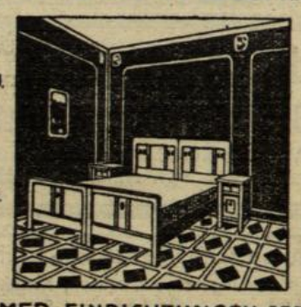
Milchkuranstalt E. Birkenmeier
Hoflieferant Seiner Großh. Hoheit des Prinzen Max von Baden
Telephon 1016 Kriegstraße 17
einzige und älteste Anstalt unter Kontrolle des Ortsgesundheitsrates mit ausschließlicher **Trockenfütterung** empfiehlt
Kur- u. Kindermilch
Dieselbe ist der beste Ersatz für Muttermilch und wird aus den **eigenen** Stallungen von nur auserlesenen, dem Höhenviehschlag der Alpen entnommenen, auf **Tuberkulose** geprüften **Schweizer** Kühen gewonnen.
Die Stallung steht jedermann gerne zur Besichtigung offen.
Regelmäßiger Versand nach auswärts. A.261

„Mulcuto"-Schärfmaschine
Unentbehrlich beim Gebrauch von Rasier-Apparaten.

Schärft Star, Gillette, Luna, Mulcuto und alle anderen Klingen.
Hält die Klinge überraschend lange scharf.
Garantiert schmerzloses Rasieren.
Ersparnis in neuen Klingen.
No. 8, gewöhnliche Qualität Mk. 4,50, No. 10, feine Qualität Mk. 5,50, No. 12, beste Qualität Mk. 6,50, mit passenden Streichriemen komplett in Etui.
Nützliche Winke für Selbstrasierer gratis und portofrei.
Mulcuto-Fabrik Paul Müller & Co., Solingen.

CHRIST. OERTEL. KARLSRUHE i/B KAISERSTR. 101/103

GROSSES LAGER KAMEELHAARDECKEN, WOLLDECKEN, STEPPDECKEN, PIQUEDECKEN, TÜLL-BETTDECKEN, SPACHTEL-BAND u. TÜLLGARDINEN



BETTFEDERN, FLAUM, ROSSHAAR, MATRATZENDRELL, BETTBARCHENT, LEINEN, BAUMWOLLTUCH DAMASTE etc.

SCHLAFZIMMER-EINRICHTUNGEN JEDER STILART
ÜBERNAHME KOMPLETTER AUSSTEUERN

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe 24

Wie wählen wir in Baden künftig den Bürgerausschuß und den Stadtrat oder Gemeinderat nach dem Verhältniswahlverfahren?

Von

Ernst Frey, Kammerstenograph in Karlsruhe

Preis 60 Pfg.

Der Verfasser ist durch seine Broschüre „Die Verhältniswahl als Gemeindewahlverfahren" als guter Kenner der neuartigen Verhältniswahl (Proportionalwahl) bereits bekannt. Seine neue Schrift will das auf dem Landtag geschaffene neue Gesetz und die neue Wahlordnung gemeinverständlich darstellen und erläutern, was bei diesem ziemlich komplizierten Gesetzesmaterial dankbar zu begrüßen ist. In Frage- und Antwortform werden in kurzer, leichtfaßlicher Weise die einschlägigen Bestimmungen behandelt. Das Listensystem wird durch zahlreiche Beispiele erläutert und das neue System der streng gebundenen Listen kritisch beleuchtet.

Da im Laufe dieses Jahres in allen größeren Gemeinden des Landes die Gesamterneuerungswahlen zu den Ortskollegien stattzufinden haben und die neue Gesetzgebung auf die künftige Gestaltung und Entwicklung der kommunalpolitischen Verhältnisse aller größeren Gemeinden von tief einschneidender Wirkung sein wird, so sollte jeder Bürger dieser Gemeinden ein großes politisches Interesse daran haben, sich die nötigen Kenntnisse des Wahlverfahrens und was damit zusammenhängt, zu verschaffen. An Hand dieser Broschüre ist ihm hierzu die beste Gelegenheit gegeben. Aber auch allen Gemeindebehörden, die mit dem Vollzug dieses Gesetzes betraut sind, wird diese Schrift gute Dienste leisten

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.

Trouslard & Bieg
Stephanienstr. 60 Inh. W. Fröhlich Stephanienstr. 60
Kunsthandlung · Einrahmung · Vergolderei
Oelgemälde hiesiger Künstler
in allen Preislagen. A.21.13.8

Ludwig Schweisgut
Hoflieferant · Karlsruhe · Erbprinzenstr. 4
Telephon 1711 empfiehlt Besteht seit 1864
Gesch. 307 909.

Pianinos Flügel Harmoniums.
Nur allerbeste Fabrikate wie:
Bechstein, Blüthner, Grotrian-Steinweg Nachf., Steinway & Sons in der Preislage von M. 900.— bis M. 1600.— und höher;
Thürmer-Pianinos in der Preislage von M. 575.— bis M. 775.—. Einfache Pianinos zu M. 480.— netto.
Mannborg-Harmoniums M. 110.— bis M. 750.— und höher.
Pianola-Piano. Welte-Mignon.
Über 100 Instrumente zur Auswahl.
Reelle Preise. Unbedingte Garantie.
Alte Klaviere werden in Umtausch angenommen.
Reparaturen. Freie Lieferung. Stimmungen.
Billige, neue Pianinos zu M. 380.— auf Bestellung lieferbar.

Frische Trinkeier
A.370 mit
Kontrollstempel
vom Genossenschaftsverband badisch. landwirtsch. Vereinigungen in meinen **sämtlichen Filialen** zu jeweils billigstem Tagespreis erhältlich.
Bucherer
Lebensmittelkonsumgesch.

Bekanntmachung.

Bei der am 28. d. M. stattgehabten Auslosung sind die nachverzeichneten Schuldverschreibungen des 1905er Anlehens der Stadtgemeinde Heidelberg zur Heimzahlung gezogen worden: A.514

Lit. A. zu je 2000 M.: Nr. 46, 118, 141, 153, 348, 350.

Lit. B. zu je 1000 M.: Nr. 511, 535, 568, 666, 832, 903, 1045, 1158, 1164.

Lit. C. zu je 500 M.: Nr. 1409, 1482, 1600, 1748, 1759, 1777, 1811, 1812, 2044, 2049, 2190, 2191.

Lit. D. zu je 200 M.: Nr. 2307, 2515, 2567, 2652, 2681, 2881, 2887, 2892, 2980, 2990, 3157, 3253, 3439, 3490, 3494.

Die Heimzahlung der ausgelosten Schuldverschreibungen erfolgt vom 1. Juli d. J. an bei der **Stadtkasse Heidelberg**, bei der **Dresdener Bank**, der **Pfälzischen Bank**, bei **L. & E. Wertheimer** und bei **Baß & Herz**, sämtliche in **Frankfurt a. M.**, sowie bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein (Filiale)** in **Bonn** und bei **Anton Kohn** in **Nürnberg** gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibungen und der noch nicht verfallenen Zinsscheine nebst Erneuerungsschein. Für die hierbei etwa fehlenden Zinsscheine wird der entsprechende Betrag am Kapital in Abzug gebracht.

Die Verzinsung der ausgelosten Schuldverschreibungen hört mit dem 30. Juni d. J. auf; für nicht rechtzeitig eingelöste Schuldverschreibungen wird eine Zinsentschädigung in keinem Falle bezahlt.

Heidelberg, den 29. März 1911

Der Stadtrat:
Dr. Wilckens. Veith.

Die Firma **Koffeinfrei G. m. b. H. in Mannheim-Rheinau** ist durch Beschluß der Gesellschafter aufgelöst.

Als Liquidatoren sind die Herren Theodor Lechner und Adalbert Crebert ernannt. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Gesellschaft zu melden. A.485.3.

Schreibgehilfenstelle.

Bei den **Notariaten** in **Kehl** ist auf **1. Mai l. J.** eine **Schreibgehilfenstelle** zu vergeben. Jahresvergütung 700 M., steigend bis 900 M. Nebenbezüge ca. 100 M. O.932.2.1

Vergebung von Erdarbeiten.

Die Ausführung der Erdarbeiten für die Wiederherstellung der gerutschten Bahnböschung bei Km. 38½ der Neckartalbahn sowie für die neu herzustellende Bahnböschung für das Abstellgleis in Station Binau soll nach Maßgabe der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 vergeben werden. O.931

Die Arbeiten umfassen:

Erd- und Fels-Bewegung 2200 cbm.

Andeckung von Böschungen 1200 qm.

Rinnenpflaster 225 qm.

Die Bedingungen u. Zeichnungen liegen auf unserem Geschäftszimmer jeweils morgens zwischen 8 und 9 Uhr zur Einsicht auf, wo auch die für die Angebote zu verwendenden Vordrucke abgegeben werden.

Eine Zusendung der Bedingungen und Zeichnungen findet nicht statt.

Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift: „Erdbewegung Station Binau", spätestens bis **Donnerstag den 6. April 1911, morgens 1/2 9 Uhr**, einzureichen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 8 Tage.

Eberbach, den 29. März 1911.
Großh. Bahnbauinspektion.

Lokalbahn Müllheim-Badenweiler.

Am 1. Juni 1911 tritt ein neuer Tarif für die Beförderung von Personen, Reisegepäck, Expreßgut, Kleinvieh und Stückgütern in Kraft.

Auskunft erteilen die unterzeichnete Verwaltung u. vom 15. Mai d. J. ab die Stationen. A.517

Karlsruhe, 30. März 1911.
Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft
Aktiengesellschaft Berlin.
Betriebs-Abteilung Baden.

Ausnahmetarif für Fleisch.

Am 1. April 1911 tritt der Nachtrag 3 in Kraft. Er enthält u. a. die Bestimmung, daß bei Wagenladungen usw. das als Schutzmittel beigegebene Eis bis zu 5 Proz. des wirklichen Gewichts der Sendung **frachtfrei** befördert wird O.955

Karlsruhe, 31. März 1911.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Deutscher Seehafenverkehr mit Süddeutschland.

Mit Gültigkeit vom 1. April 1911 werden im Ausnahmetarif S 14a für baumwollene Garne usw. von den badischen Stationen Haag i. B. und Lörrach Ausnahmesätze eingeführt. Sie sind in unserm Tarifanzeiger bekannt gegeben und können bei den Dienststellen und unserm Verkehrsbureau erfragt werden. O.956

Karlsruhe, 31. März 1911.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Gemeinsames Heft für den Wechselgüterverkehr deutscher Eisenbahnen.

Am 1. April 1911 tritt der Nachtrag 2 in Kraft. Er enthält verschiedene Änderungen und Ergänzungen. O.957

Karlsruhe, 31. März 1911.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Belgisch-Südwestdeutscher und Englisch-Südwestdeutscher Güterverkehr.

Zu unserer Bekanntmachung vom 26. Januar 1911. Auf 1. April 1911 erscheint zum Heft 6a und 6b des belgisch-südwestdeutschen Güterverkehrs je der Nachtrag IX. Die Nachträge enthalten in der Hauptsache neu berechnete Entfernungen und Frachtsätze für unsere Station Mannheim Industriehafen. Auf denselben Zeitpunkt werden für die gleiche Station auch im Ausnahmetarif für Steinkohlen des belgisch-südwestdeutschen Verkehrs sowie im englisch-südwestdeutschen Güterverkehr neue Entfernungen u. Frachtsätze eingeführt. O.958

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbureau.

Karlsruhe, 30. März 1911.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Tirol-Vorarlberg-Süddeutscher Güterverkehr.

Auf 31. Mai 1911 treten die Tarifhefte 1 und 2 für den oben bezeichneten Verkehr außer Kraft.

An Stelle der beiden Tarifhefte wird im österreichisch-süddeutschen Güterverkehr ein einziges Tarifheft ausgegeben. Der Ersatztarif wird infolge Erhöhung des österreichischen Binnengütertarifs zum Teil nicht unerhebliche Frachterhöhungen bringen. Wegen dessen Einführung erfolgt besondere Bekanntmachung durch das Tarifamt in München. O.959

Karlsruhe, 31. März 1911.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg